Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Hinweise zur Datenverarbeitung von Beitreibung finanzieller Forderungen

Amt Schenefeld
Der Amtsdirektor
Holstenstraße 42-48
25560 Schenefeld
Deutschland
Telefon: 04892/8089-0
E-Mail: info@amt-schenefeld.de

Interner Datenschutzbeauftragter
Amt Schenefeld
Andre Mahrt
Holstenstraße 42-48
25560 Schenefeld
Deutschland
Telefon: 04892 8089-52
Fax: 04892 8089-44
E-Mail: datenschutz@amt-schenefeld.de

Verantwortlichkeiten

Amt Schenefeld
Der Amtsdirektor
Holstenstraße 42-48
25560 Schenefeld
Deutschland
Telefon: 04892/8089-0
E-Mail: info@amt-schenefeld.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Herr Mahrt
Holstenstraße 42-48
25560 Schenefeld
Telefon:04892 8089-52
E-Mail: datenschutz@amt-schenefeld.de

Kurzbeschreibung

Wir kommen der Informationspflicht gem. Art 13,14 DSGVO mit dieser Mitteilung nach, um eine faire und transparente Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu gewährleisten.Ihre notwendigen personenbezogenen Daten zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben werden mit den jeweils anwendbaren gesetzlichen Datenschutzanforderungen zu den nachfolgend aufgeführten Zwecken verarbeitet.

Für die Beitreibung von Geldforderungen der amtsangehörigen Gemeinden im Verwaltungswege ist unser Amt zuständig. Als Vollstreckungsbehörde zieht das Amt die öffentlich-rechtlichen Forderungen wie z.B. Gewerbesteuern,Grundstücksabgaben oder Hundesteuern ein.Voraussetzung für ein Vollstreckungsverfahren ist ein zuvor ergangener Leistungsbescheid
(z.B. Bußgeldbescheid, Abgabenbescheid), dessen Geldforderung zum Fälligkeitstermin nicht beglichen wurde.

Zweck der Datenverarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Beitreibung von Forderungen, Bearbeitung von Stundungen, Niederschlagung und Erlass verarbeitet. Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgabe unumgänglich und gesetzlich vorgeschrieben.

Rechtsgrundlage

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung beruht auf Art. 6 Abs. 1 Buchstaben c und e DSGVO, i. V. m. weiteren Gesetzen

- § 3 Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein
- Abgabenordnung (AO)
- Landesverwaltungsgesetz (LVwG)
- Zivilprozessordnung (ZPO)
- Insolvenzordnung (InsO)
- Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (ZVG)
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Gemeindekassenverordnung (GemKVO)
- Landesverordnung über die Kosten im Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren (VVKVO)

Datenquellen

- bei Lohn- und Gehaltspfändungen der Arbeitgeber
- bei Kontopfändungen das entsprechende Geldinstitut
- bei Amtshilfeersuchen die örtlich zuständige Behörde
- gesetzliche Vertreter,
- Vertragsdaten (wenn die Vollstreckung aufgrund eines Vertragsverhältnisses erfolgt),
- Vermögensverzeichnisdaten,
- Schuldnerverzeichnisdaten,
- Versicherungen,
- Vermieter,
- Verkehrsaufsicht Kraftfahrzeugdaten,
- Gewerbedaten,
- Nachlassverwalter,
- Erben.

Datenkategorien

- Vor- und Nachname,
- Geschlecht,
- Geburtsdatum,
- Geburtsort
- Familienstand,
- Güterstand,
- Anschrift,
- Telefon- und Mobilfunknummer,
- E-Mail-Adresse,
- Bankverbindung und Kontodaten,

Regelfristen für die Löschung

Maßgeblich sind die Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik Schleswig-Holstein (GemHVO-Doppik)

Die Jahresabschlüsse, die Gesamtabschlüsse und die Eröffnungsbilanz sowie der Anhang zur Eröffnungsbilanz sind in ausgedruckter Form dauernd aufzubewahren. Die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen sind sechs Jahre aufzubewahren. Die Fristen beginnen am 1. Januar des der Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses oder des Gesamtabschlusses folgenden Haushaltsjahres.
Spätestens nach Ablauf dieser Fristen/Kriterien werden Ihre personenbezogenen Daten gelöscht, außer die Verarbeitung unterliegt zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken (Art. 89 DSGVO und § 6 LDSG-SH).

Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir verzichten bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine automatische Entscheidungsfindung oder ein Profiling.

Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens

Die Weiterleitung der personenbezogenen Daten erfolgt im erforderlichen Maß in sehr enger Auslegung unter Berücksichtigung der Datensparsamkeit an zuständige Gerichte und Gerichtsvollzieher, zuständige Gebietskörperschaften in Amtshilfe, Drittschuldner, Arbeitgeber sowie an intern berechtigte Organisationseinheiten der Amtsverwaltung.

Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation

Nur in gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen werden die personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verarbeitet oder weiter gegeben. Dies kann z.B. der Fall sein, wenn Gerichte und Strafverfolgungsbehörden ermitteln. Außerdem erfolgt eine Weitergabe personenbezogener Daten an Drittschuldner im Rahmen von Pfändungen und an Gerichte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren und bei der Beantragung von Eintragungen ins Grundbuch und von Zwangsversteigerungen.

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an unberechtigte Dritte, in Drittländer (Nicht-EU-Mitgliedsstaaten) oder internationale Organisationen übermittelt.

Recht auf Widerruf

Wenn Sie in eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Recht auf Auskunft

Betroffene haben nach Art. 15 DSGVO das Recht, vom Verarbeiter Auskunft über die bei ihm gespeicherten personenbezogenen Daten zu erhalten.

Recht auf Berichtigung

Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung gemäß Art.16 DSGVO, das heißt, Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten auch mittels einer ergänzenden Erklärung zu verlangen.

Recht auf Löschung

Betroffene haben nach Art. 17 DSGVO das Recht, die Löschung ihrer Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Betroffene können gemäß Art.18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Betroffene können gemäß Art. 21 DSGVO der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen, es sei denn, der Verantwortliche kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Nach Art. 20 DSGVO besteht bei bestimmten Verarbeitungen ein Anspruch auf Datenübertragbarkeit Ihrer personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Dieses betrifft auch Daten, die auf Basis Ihrer ausdrücklichen Einwilligung oder Vertragserfüllung erhoben wurden.

Sie können eine Einwilligung jederzeit gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO widerrufen.

Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt. Wenn Sie hiervon Gebrauch machen möchten, wenden Sie sich bitte persönlich, per Email oder schriftlich an die verantwortliche Stelle der Datenverarbeitung und/oder an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Wenn Betroffene der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt, können sie sich gem. Art. 38 Abs. 4 DSGVO an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle der Datenverarbeitung oder nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein
Marit Hansen
Postfach 71 16
24171 Kiel
Holstenstraße 98
24103 Kiel
Telefon: 04 31/988-12 00
Telefax: 04 31/988-12 23
E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de
Homepage:
https://www.datenschutzzentrum.de/